



ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Rates
am Donnerstag, 14.03.2024

in dem großen Sitzungssaal des historischen Rathauses, Rathausplatz 1, 33098 Paderborn

Tagesordnung

Vorlage-Nr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Bekanntgabe von Mitteilungen
2. Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
Referent/in: Bgm. Dreier
3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 14.12.2023
4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 07.02.2024
5. Bebauungsplan Nr. 288 für das Gebiet „Marienplatz/Am Abdinghof“
a) Beschluss über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden, aus der Offenlage, der erneuten Offenlage sowie der zweiten erneuten Offenlage
b) Satzungsbeschluss
Referent/in: stv. Bgm. Honervogt 0065/24
6. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Paderborn
Referent/in: Bgm. Dreier 0318/23
7. Europaschützenfest 2030 in Paderborn - Schloß Neuhaus
Referent/in: RH Mertens 0080/24
8. Bekanntgabe der durch den Kämmerer ab dem 01.09.2023 genehmigten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2023
Referent/in: Beig. Tempelmann 0010/24
9. Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2023 in das Haushaltsjahr 2024 nach den Regelungen über Art, Umfang und Dauer der Übertragungen gem. § 22 KomHVO NRW
Referent/in: RH Glunz 0054/24
10. Anpassung und Änderung der Entgeltordnung des Bäderbetriebes der Stadt Paderborn (BSP) für die Benutzung der städtischen Hallen- und Freibäder
Referent/in: RF Hüppmeier 0069/24

11.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, FDP, CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages	A0061/24
11.1	Sachantrag der Fraktion Die FRAKTION zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages <u>Referent/in:</u> RH Dierkes	A0095/24
1.1	Einwohnerfragestunde - gegen 18:00 Uhr	
12.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umbesetzung von Gremien <u>Referent/in:</u> RF Tebbe	A0062/24
12.1	Antrag der Linksfraktion zur Umbesetzung von Gremien <u>Referent/in:</u> RH Borgmeier	A0081/24
12.2	Antrag der FDP-Fraktion zur Umbesetzung von Gremien <u>Referent/in:</u> RH Senn	A0086/24
13.	Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz <u>Referent/in:</u> RH Senn	A0071/24
14.	Antrag der AfD-Fraktion zur Einführung einer Bezahlkarte bei Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bis zum 01.01.2025 <u>Referent/in:</u> RH Weber	A0074/24
15.	Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung eines Sachstandsberichtes zu den Auswirkungen der Insolvenz und des Investorenprozesses der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH auf die Belange der Stadt Paderborn <u>Referent/in:</u> RH Weber	A0075/24
16.	Antrag der AfD-Fraktion zur verstärkten Anwendung von § 5 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz durch die Stadt Paderborn <u>Referent/in:</u> RH Weber	A0076/24
17.	Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung eines Sachstandsberichtes zu den Möglichkeiten der Einführung einer Ehrenamtskarte <u>Referent/in:</u> RH Weber	A0077/24
18.	Schriftliche bzw. mündliche Anfragen der Ratsmitglieder	
18.1	Anfrage des RH Bürger, CDU-Fraktion, zu Brandstiftungen auf dem Westfriedhof <u>Referent/in:</u> RH Bürger	A0073/24
18.2	Anfrage des RH Mertens, CDU-Fraktion, zu Straftaten an städtischen Gebäuden <u>Referent/in:</u> RH Mertens	A0083/24

18.3 Anfrage des RH Hartmann, CDU-Fraktion, zur Bebauungspflicht A0085/24
 bei Gewerbe- und Industrieflächen
 Referent/in: RH Hartmann

Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder

(Anwesenheitsliste entfernt)

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Bekanntgabe von Mitteilungen

Der Vorsitzende, Bgm. Dreier, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einladung sowie gegen die Beschlussfähigkeit keine Einwendungen erhoben werden.

RH Weber beantragt für die AfD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 11 - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, FDP, CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages – von der Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag fuße auf Lügen des Recherche-CORRECTIVS.

Der Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 11 wird bei 3 Gegenstimmen **abgelehnt**.

Bgm. Dreier berichtet über die nicht fristgerecht vorgelegten Niederschriften gem. § 32 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Paderborn und seine Ausschüsse.

Er weist auf die an den Sitzplätzen ausgelegte Publikation „Stadt. Mensch. Fluss. – Die Pader für Europa zur Bewerbung um das Europäische Kulturerbe-Siegel 2025“ hin. Sie biete einen Einblick in den Prozess der Bewerbung um das Europäische Kulturerbe-Siegel.

Zudem erinnert er an die zweite Baumpflanzaktion des Rates am Samstag, den 16.03.2024 um 11:00 Uhr im Springbachpark.

Der „Verein Gedenktag 2. April in Wewelsburg e.V.“ veranstalte zusammen mit der Stadt Büren und dem Kreismuseum Wewelsburg am 2. April 2024 eine Gedenkfeier am Mahnmal in Wewelsburg. Der Bitte, die Einladung hierzu im Rat zu verteilen, sei er gern nachgekommen.

Zur Tagesordnung teilt er Bgm. Dreier mit, dass die Linksfraktion und die FDP-Fraktion nach der Antragsfrist je einen weiteren Antrag zur Umbesetzung von Gremien gestellt hätten. Diese seien im Ratsinformationssystem abrufbar.

Mit Zustimmung des Rates werden die beiden Anträge als Tagesordnungspunkte 12.1 und 12.2 behandelt.

Zum Tagesordnungspunkt 11. - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, FDP, CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages - liege ein Sachantrag der Fraktion Die FRAKTION vor. Dieser sei im Ratsinformationssystem dem Tagesordnungspunkt zugeordnet.

Der Tagesordnungspunkt 1.1. – Einwohnerfragestunde – werde gegen 18:00 Uhr aufgerufen.

2. Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Bgm. Dreier berichtet, dass Herr Jonathan Weickart (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sein Mandat mit Ablauf des 13.03.2024 im Rat der Stadt Paderborn niedergelegt habe.

RH Prof. Dr. Rainer Pusch habe in der Nachfolge das Mandat am 15.02.2024 mit Wirkung zum 14.03.2024 angenommen.

Bgm. Dreier führt RH Prof. Dr. Rainer Pusch in feierlicher Form in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Über die Verpflichtung ist eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 14.12.2023

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 14.12.2023 werden keine Einwendungen erhoben.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 07.02.2024

Bgm. Dreier erläutert, dass im TOP 4.1 im ersten Absatz eine Namensverwechslung unterlaufen sei. Der Wortbeitrag stamme von SPD-Ratsherrn Ulrich Koch. Der Vorname Dirk sei hier nicht richtig.

5. Bebauungsplan Nr. 288 für das Gebiet „Marienplatz/Am Abdinghof“ 0065/24

- a) Beschluss über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden, aus der Offenlage, der erneuten Offenlage sowie der zweiten erneuten Offenlage**
- b) Satzungsbeschluss**

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen.

- a) Der Rat beschließt über die im Rahmen der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) (Frühzeitige Beteiligung), über die im Rahmen der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB (Offenlage), die gem. § 4 a Abs. 3 Satz 1 BauGB (erneute Offenlage) sowie die gem. § 4 a Abs. 3 Satz 1 BauGB (zweite erneute Offenlage) zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 288 „Marienplatz/Am Abdinghof“ vorgebrachten Stellungnahmen gemäß der in der Anlage zur Vorlage Nr. 0065/24 enthaltenen Beschlussvorschläge.
- b) Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. 288 „Marienplatz/Am Abdinghof“ für einen Bereich zwischen Marienplatz, Am Abdinghof, Gutenbergstraße und Franz-Stock-Platz (entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. 0065/24 anliegenden Übersichtsplan) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung und stimmt der der Sitzungsvorlage Nr. 0065/24 beigefügten Begründung zu.

6. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Paderborn

0318/23

RH Lex vermisst zu § 18 der Hauptsatzung eine Regelung, die eine missbräuchliche Anwendung der Regelungen zur Gewährung von Sitzungsgeld verhindere. Die zahlreichen Versionen der Gendersprache würden von seiner Fraktion ebenfalls nicht unterstützt. Die AfD-Fraktion werde nicht zustimmen.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 0318/23 als Anlage 1 angefügte Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Paderborn wird beschlossen.

7. Europaschützenfest 2030 in Paderborn - Schloß Neuhaus

0080/24

RH Mertens berichtet, dass die CDU-Fraktion es gern unterstütze, dass Schützen aus Europa nach Schloß Neuhaus zum Europaschützenfest 2030 kommen sollten. Er bittet um Unterstützung.

Stv. Bgm. Pantke stellt fest, dass die Völkerverständigung in einem geeinten Europa ein Ziel der Europäischen Schützenvereinigung sei. Ein Europaschützenfest könne zu einem friedlichen Miteinander verschiedener Kulturkreise beitragen. Die SPD-Fraktion stimme dem Vorschlag zu.

RF Süsselbeck stellt voran, dass das Schützenwesen ein Bestandteil der gesellschaftlichen Identität in Paderborn sei. Europaweit gebe es aber zu wenige Schützenvereine, die Frauen gleichstellten. Der Schützenverein Marienloh gehe mit gutem Beispiel voran und ändere seine Satzung. Im Schützenverein Schloß Neuhaus könnten Frauen in außerordentlichen Fällen Schützinnen werden, ohne die gleichen Rechte zu haben wie männliche Vereinsmitglieder. Eine konsequente Gleichstellungsarbeit des Rates schließe die ideelle Unterstützung einer frauendiskriminierenden Institution aus. Eine gelebte Tradition gleiche die Ungleichbehandlung nicht aus. Die Linksfraktion könne den Beschluss nicht positiv mittragen.

RH Pöppe teilt mit, dass die FDP-Fraktion zustimmen werde. Eine finanzielle Unterstützung wie noch beim Bundesschützenfest sei bedauerlicherweise nicht möglich. Das Hotel- und Gastgewerbe werde von der Großveranstaltung profitieren. Es sei jedoch nicht angezeigt, in die Selbstorganisation der Vereine einzugreifen.

RH Weber führt aus, dass die AfD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Schützenvereine hielten die heimatlichen Traditionen aufrecht.

RH Möhl stellt fest, dass Paderborn eine vielfältige, offene Stadt sei, die gute Kontakte in Europa und zu ihren europäischen Partnerstädten pflege. Begegnungen innerhalb Europas seien zu begrüßen. Das Schützenwesen habe gerade in den Stadtteilen eine hohe Bedeutung. Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen freue sich auf ein großes europäisches Fest.

RH Kartum freut sich auf das Europäische Schützenfest. Man könne aber Vereine nicht zwingen, ihre Satzungen zu ändern. Er regt an, diese Veranstaltung zu nutzen, um dafür zu werben, dass alle Schützenvereine im Stadtgebiet oder sogar kreisweit ihre Satzungen als Zeichen einer Traditionswende ändern.

RH Hoppe hält es nicht für zielführend, die Mitgliedschaft von Frauen in Schützenvereinen mit der Bewerbung um das Europaschützenfest in Verbindung zu bringen.

Bgm. Dreier unterstützt persönlich den Antrag und wirbt um ein klares Zeichen durch den Rat. Die Schützen leisteten eine tolle Arbeit für alle Generationen aller Nationen. Den Initiatoren wünscht er viel Glück für die Bewerbung.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

Die Stadt Paderborn unterstützt die Bewerbung des Bürger-Schützen-Vereins Schloß Neuhaus 1913 - St. Henricus-Bruderschaft e. V. um die Ausrichtung des Europaschützenfestes vom 16. – 18. August 2030 in Paderborn - Schloß Neuhaus.

8. Bekanntgabe der durch den Kämmerer ab dem 01.09.2023 genehmigten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2023 0010/24

Die durch den Kämmerer ab dem 01.09.2023 genehmigten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2023 werden zur Kenntnis genommen

9. Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2023 in das Haushaltsjahr 2024 nach den Regelungen über Art, Umfang und Dauer der Übertragungen gem. § 22 KomHVO NRW 0054/24

Die in den Anlagen zur Sitzungsvorlage-Nr. 0054/24 aufgeführten Ermächtigungsübertragungen werden zur Kenntnis genommen.

10. Anpassung und Änderung der Entgeltordnung des Bäderbetriebes der Stadt Paderborn (BSP) für die Benutzung der städtischen Hallen- und Freibäder 0069/24

RH Schelper kritisiert, dass die Erhöhung der Entgelte für die Benutzung der städtischen Hallen- und Freibäder eine weitere Entfernung von den Bürger*innen auslöse. Die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe verringerten sich. Dies sei das falsche Zeichen, wenn auf der anderen Seite teure Projekte finanziert werden könnten. Er beantragt für die Fraktion Die FRAKTION eine namentliche Abstimmung.

Stv. Bgm. Pantke erinnert, dass im Fachausschuss bereits sachlich über das Thema diskutiert worden sei.

RH Lex vermisst einen Vorschlag des RH Schelper zur Finanzierung eines Verzichts auf die Entgelterhöhung.

Entsprechend dem Antrag der Fraktion Die FRAKTION lässt Bgm. Dreier namentlich über den Beschlussvorschlag abstimmen:

41 Ja-Stimmen:	Dreier, Michael Bürger, Markus	Bürgermeister (CDU)
----------------	-----------------------------------	------------------------

	Dülme, Matthias	(CDU)
	Eichstaedt, Petra	(CDU)
	Glunz, Wolfgang	(CDU)
	Grabenstroer, Karsten	(CDU)
	Harth, Stefanie	(CDU)
	Hartmann, Christian	(CDU)
	stv. Bgm. Honervogt, Dietrich	(CDU)
	Kaiser, Andreas	(CDU)
	Koch, Dirk	(CDU)
	Konersmann, Brunhilde	(CDU)
	Meiche, Susanne	(CDU)
	Mertens, Markus	(CDU)
	Meyer, Michael	(CDU)
	Ortwein, Georg	(CDU)
	Pleininger, Mechthild	(CDU)
	Pollmeier, Markus	(CDU)
	Rörig, Christian	(CDU)
	Schaefer, Bernhard	(CDU)
	Schäfer, Christian	(CDU)
	Siemensmeyer, Robert	(CDU)
	Sonnenberg, Andrea	(CDU)
	Springer, André	(CDU)
	Bause-Engel, Björn	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Erkurt, Güven	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Gamm, Martina	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Hüppmeier, Birgit	(Bündnis 90/Die Grünen)
	stv. Bgm'in Kramm, Sabine	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Menze, Johannes	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Möhl, Ulrich	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Prof. Dr. Pusch, Rainer	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Rittmeier, Florian	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Scherhans, Catharina	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Schröder, Birgitta	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Dr. Schröder, Klaus	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Tebbe, Petra	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Kemper, Andreas	(AfD)
	Lex, Alexander	(AfD)
	Weber, Marvin	(AfD)
	Hüttemann, Hartmut	(fraktionslos)
3 Enthaltungen:	Pöppe, Sascha	(FDP)
	Senn, Alexander	(FDP)
	Zinn, Elke	(FDP)
14 Gegenstimmen:	Büsse, Carsten	(SPD)
	Heinemann, Ulrike	(SPD)
	Henze, Franz-Josef	(SPD)
	Koch, Ulrich	(SPD)
	stv. Bgm. Pantke, Martin	(SPD)
	Dr. Röttger-Liepmann, Beate	(SPD)
	Steenkolk, Claudia	(SPD)
	Borgmeier, Reinhard	(Linksfraktion)
	Köllner, Roswitha	(Linksfraktion)
	Süsselbeck, Elke	(Linksfraktion)
	Dierkes, Kevin	(Die FRAKTION)

Schelper, Pierre-Marcel
Hoppe, Stephan
Kartum, Verani

(Die FRAKTION)
(FÜR PADERBORN)
(fraktionslos)

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Die als Anlage (Anlage 1) zur Sitzungsvorlage Nr. 0069/24 beigefügte Entgeltordnung für die Benutzung der städtischen Hallen- und Freibäder des Bäderbetriebes der Stadt Paderborn (BSP) wird beschlossen.

11. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, FDP, CDU A0061/24 sowie Bündnis 90/Die Grünen zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

RH Borgmeier stellt fest, dass es für den Rat angesichts der Fortschreitens der Entwicklung der politischen Rechten wichtig sei, unumstößliche gemeinsame Grundlagen festzustellen. Die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages biete eine gute Grundlage dafür.

Stv. Bgm'in Kramm bekräftigt, dass es trotz aller unterschiedlicher Auffassungen Werte gebe, die alle demokratischen Fraktionen einten, dazu gehörten die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Demokratie als Herzstück des Zusammenlebens in Vielfalt. Sie appelliert daran, gemeinsam zusammenzustehen.

RH Henze bedauert, dass man sich zunehmend mit Gedankengut auseinanderzusetzen habe, das in der Vergangenheit in dunkle Zeiten geführt habe. Dies gelte es nie zu vergessen. Es sei mal radikal-nationalistisch, mal abwertend, oder es bestehe aus Hetze, die zu Hass führe und in Gewalt münden könne. Es breite sich in Netzwerken im Internet unkontrolliert aus. Eine Einschüchterungswelle von politischen Entscheider*innen sei festzustellen. Es gehe um die Grundfesten der Demokratie. Die AfD gebe vor, „Anwalt der kleinen Leute“ zu sein, aber das Abstimmungsverhalten im Rat und in den Ausschüssen zeige, dass sie nicht bereit sei, sozial Schwache in Notlagen oder Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Sie nutze die Mechanismen der Demokratie und des Rechtsstaats mit dem Ziel, beides letztlich abzuschaffen. Alle Institutionen, Behörden etc. seien aufgerufen, wachsam zu bleiben.

RH Weber beschwert sich über den NS-Duktus, unter dem mit der Opposition umgegangen werde. Angeblich vorhandene „Deportationsgelüste“ seien falsche Tatsachen. Der Antrag zum Anschluss an die Trierer Erklärung sei skandalös und spiegele Hilflosigkeit wieder. Die Schmutzkampagne des CORRECTIVS verbreite Fake-News. Fast jede Idee aus dem liberalen und konservativen Spektrum werde abgelehnt. Im Zweifel werde der NS-Vergleich als Ultima-Ratio herangezogen. Es habe nie ein Geheimgespräch gegeben, sondern eine private Zusammenkunft politisch Interessierter, auch von der CDU, am 25.11.2023 in Potsdam. CORRECTIV führe an, das Wort Remigration sei benutzt worden und behaupte, dies bedeute massenhafte Vertreibung. Dies sei eine perfide negative Umdeutung des Begriffs. Es sei nie von Deportationen oder Vertreibungen gesprochen worden. Es sei nie über die Abschiebung von deutschen Staatsbürger*innen mit Migrationshintergrund beraten worden. Es sei nie ein Geheimplan ausgearbeitet worden. Den anderen Parteien spricht er demokratisches Verhalten insbesondere während der Corona-Pandemie ab.

RH Senn zeigt sich überzeugt, aus welchem Grund es den Beitritt zur Trierer Erklärung brauche. Die FDP-Fraktion sei grundsätzlich sparsam mit Resolutionen umgegangen. Aber jetzt brauche es eine klare Kante. Die Bürger*innen zeigten diese auf der Straße.

Der Rat müsse seinen Teil ebenfalls dazu beitragen. Die FDP-Fraktion begrüße, dass mit einem breiten Konsens die Erklärung auf den Weg gebracht werden könne.

RH Dierkes bittet um Zustimmung zu dem Änderungsantrag (A0095/24, TOP 11.1).

RH Kartum sensibilisiert, dass die Schwäche der Demokraten die Stärke der Rechtsextremen sei. Die Art des Umgangs demokratischer Parteien mit Problemen bzw. Herausforderungen bei den Themen Asyl und Migration bestimme, ob Rechtsextremen eine Steilvorlage geboten werde. Pauschalisierende Grundsatzdiskussionen seien zu vermeiden. Über die Initiative zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages freue er sich.

RH Mertens nimmt ebenfalls wahr, dass es Zeit für eine solche Erklärung sei. Die CDU-Fraktion begrüße das Engagement für die wehrhafte Demokratie. Einzutreten für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sei eine nicht verhandelbare Grundlage für das Zusammenleben in Deutschland. Diese Erklärung könne nur ein Teil des Widerstandes gegen Rechts und Rechtsextremismus als Bedrohung für die Demokratie sein. Es gelte, die Einzigartigkeit des Individuums und gegenseitiges Verständnis zu fördern und Vorurteile abbauen sowie die freiheitlich demokratische Grundordnung zu bewahren.

RH Hüttemann erklärt, dass er dem Antrag zustimmen werde. Es bildeten sich Gräben in der Gesellschaft. Die Führenden der AfD setzten das Grundgesetz für ihre Interessen ein. Wenn sie im Netz und in größeren Menschenmengen gegen die demokratischen Parteien artikulierten, sei ihr Vokabular erschreckend. Er habe als Kind die Folgen eines solchen Vorgehens erleben müssen. Die Gesellschaft müsse sich wehren. Nach dem Potsdamer Treffen habe die CDU sich davon distanziert und Parteiauschlussverfahren veranlasst. Entsprechend sei die AfD nicht verfahren. Zur Remigration sei bei vielen AfD-Mitgliedern sehr wohl zu lesen, dass damit auch die Ausweisung deutscher Staatsbürger*innen mit Migrationshintergrund gemeint sei. Die Inhalte der Potsdamer Zusammenkunft zu leugnen, sei zwecklos.

RH Dr. Schröder geht auf den Vorwurf des RH Weber von Schmutzkampagnen und Lügen ein. AfD-Parteimitglieder wie Björn Höcke schrieben Bücher, in denen zu lesen sei: „Es wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein.“ Zum Hinweis von RH Weber, es sei übelste Verleumdung und nicht richtig, dass die AfD deutsche Staatsbürger vertreiben wolle, zitiert RH Dr. Schröder Björn Höcke: „... auch wenn wir bei der zu erwartenden Wendezeit leider einige Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind.“ Damit seien sicher einige Anwesende im Ratssaal gemeint. Er ruft die AfD-Fraktion zur Selbstreflexion auf.

RH Kemper empfindet die aktuelle Situation in den Kreistagen und Gemeinderäten als brandgefährlich. Die Trierer Erklärung sei narrativ und im Rahmen der journalistischen Freiheit entstanden. Er fordert dazu auf, auf der Basis von Fakten zu agieren. Wenn in der Trierer Erklärung von Demokratie, Vielfalt, Meinungsfreiheit und Spaltung geredet werde, empfehle er den Unterstützenden einen Blick in den Spiegel. Sie sollten aufpassen, was sie tun, denn sie seien die Brandstifter. Im Sinne von Demokratie und Meinungsfreiheit sei dem Antrag nicht zu zustimmen.

Bgm. Dreier richtet sich an RH Kemper und verbittet sich, Drohungen auszusprechen.

RH Lex kritisiert die Form des Antrags und hinterfragt, dass nicht alle Teile des Rates nach ihrer Unterstützung gefragt worden seien. Die AfD-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen und beantrage namentliche Abstimmung.

RH Borgmeier führt aus, dass ein Zeichen dafür gesetzt werde solle, was den Rat eine und nicht trenne. Es sei ein Angebot, das alle annehmen könnten, auch wenn aus Zeitgründen im Vorfeld nicht alle angesprochen worden seien. Es sei niemand ausgegrenzt worden. Die Debattenkultur im Rat halte er für unerträglich und wolle diese für die Zukunft nicht. Dagegen sei stark anzugehen.

RH Hoppe erläutert, dass die FÜR PADERBORN selbstverständlich der Erklärung zustimmen werde. Er erkundigt sich, weshalb der Städte- und Gemeindebund NRW sich nicht zu dem Thema geäußert habe.

RH Erkurt beantragt das Ende der Debatte, da er verstanden habe, dass die AfD ihn und seine Familie deportieren wolle. Dies müsse er nicht weiterhin hören.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen das Ende der Debatte.

Bgm. Dreier sagt zu, das Thema in der nächsten Sitzung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes NRW anzusprechen.

Auf Antrag der AfD-Fraktion lässt Bgm. Dreier namentlich über den Beschlussvorschlag abstimmen:

55 Ja-Stimmen:	Dreier, Michael	Bürgermeister
	Bürger, Markus	(CDU)
	Dülme, Matthias	(CDU)
	Eichstaedt, Petra	(CDU)
	Glunz, Wolfgang	(CDU)
	Grabenstroer, Karsten	(CDU)
	Harth, Stefanie	(CDU)
	Hartmann, Christian	(CDU)
	stv. Bgm. Honervogt, Dietrich	(CDU)
	Kaiser, Andreas	(CDU)
	Koch, Dirk	(CDU)
	Konersmann, Brunhilde	(CDU)
	Meiche, Susanne	(CDU)
	Mertens, Markus	(CDU)
	Meyer, Michael	(CDU)
	Ortwein, Georg	(CDU)
	Pleininger, Mechthild	(CDU)
	Pollmeier, Markus	(CDU)
	Rörig, Christian	(CDU)
	Schaefer, Bernhard	(CDU)
	Schäfer, Christian	(CDU)
	Siemensmeyer, Robert	(CDU)
	Sonnenberg, Andrea	(CDU)
	Springer, André	(CDU)
	Bause-Engel, Björn	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Erkurt, Güven	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Gamm, Martina	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Hüppmeier, Birgit	(Bündnis 90/Die Grünen)
	stv. Bgm'in Kramm, Sabine	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Menze, Johannes	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Möhl, Ulrich	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Prof. Dr. Pusch, Rainer	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Rittmeier, Florian	(Bündnis 90/Die Grünen)
	Scherhans, Catharina	(Bündnis 90/Die Grünen)

Schröder, Birgitta	(Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Schröder, Klaus	(Bündnis 90/Die Grünen)
Tebbe, Petra	(Bündnis 90/Die Grünen)
Büsse, Carsten	(SPD)
Heinemann, Ulrike	(SPD)
Henze, Franz-Josef	(SPD)
Koch, Ulrich	(SPD)
stv. Bgm. Pantke, Martin	(SPD)
Dr. Röttger-Liepmann, Beate	(SPD)
Steenkolk, Claudia	(SPD)
Pöppe, Sascha	(FDP)
Senn, Alexander	(FDP)
Zinn, Elke	(FDP)
Borgmeier, Reinhard	(Linksfraktion)
Köllner, Roswitha	(Linksfraktion)
Süsselbeck, Elke	(Linksfraktion)
Hoppe, Stephan	(FÜR PADERBORN)
Dierkes, Kevin	(Die FRAKTION)
Schelper, Pierre-Marcel	(Die FRAKTION)
Hüttemann, Hartmut	(fraktionslos)
Kartum, Verani	(fraktionslos)
3 Gegenstimmen:	
Kemper, Andreas	(AfD)
Lex, Alexander	(AfD)
Weber, Marvin	(AfD)

Somit beschließt der Rat mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen:

Die Stadt Paderborn schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.

11.1 Sachantrag der Fraktion Die FRAKTION zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages **A0095/24**

Auf die Frage von Bgm. Dreier teilt RH Dierkes mit, dass die Fraktion Die FRAKTION ihren Sachantrag aufrecht erhalte, auch wenn sie dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, FDP, CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen zum Anschluss an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages (A0061/24 unter TOP 11) zugestimmt habe.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen:

Der Antrag der Fraktion Die FRAKTION:

„Die Stadt Paderborn schließt sich der **modifizierten** Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom **07.03.2024** an.“

wird **abgelehnt**.

1.1 Einwohnerfragestunde - gegen 18:00 Uhr

Bgm. Dreier ruft um 18:15 Uhr die Einwohnerfragestunde auf.

Der Petent zur Eingabe im Zusammenhang mit der Erneuerung der Straße Am Schlengerbusch argumentiert, seit 4 Jahren hätten er selbst sowie weitere Nachbarn sich um die Klärung der Situation in der Straße bemüht und fühlten sich ignoriert. Es seien direkte Anfragen bei Ämtern der Stadtverwaltung und beim Bürgermeister erfolgt. Es seien Unterschriften gesammelt und zwei Presseberichte veröffentlicht worden. Den unterbreiteten Vorschlägen sei nicht ansatzweise nachgekommen worden. Er trägt die Argumentation aus der schriftlichen Eingabe vor.

Techn. Beig. Warnecke weist auf die Anliegerbeteiligung im Jahr 2020 hin, in der die Verlegung der Recyclingstelle Am Schlengerbusch vorgeschlagen worden sei. Der ASP habe dies abgelehnt. Der Standort sei für die Beschickung durch die Anlieger*innen und für die Leerung durch das Entsorgungsunternehmen sehr gut geeignet. Aus Sicht des ASP gebe es keine sinnvolle Alternative. Schäden an Blumeninseln und Bordsteinen seien durch Bautätigkeit vor Ort entstanden und würden durch das ausführende Bauunternehmen beseitigt. Zusammen mit der Schulleitung der Gesamtschule Elsen, dem Bezirksdienst der Polizei sowie dem Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Paderborn arbeite das Schulverwaltungs- und Sportamt daran, den Problemen in den Hol- und Bringezonen entgegenzuwirken. Zum Bodenbelag führt sie aus, dass vor Ort ein feuchter Bauuntergrund vorhanden sei. Daher sei eine bewährte Lösung mit Drain-Asphalt unter der Pflasterdecke gewählt worden, der der Bildung von Spurrillen entgegenwirke. Somit stehe diese Entscheidung in keinem Zusammenhang mit der Höhe der Verkehrsbelastung.

Von den im Oktober 2020 bzw. in der Unterschriftensammlung vorgebrachten Forderungen der Anlieger*innen seien die folgenden umgesetzt worden:

- Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches als Mischverkehrsfläche
- Verlegung des Schulbusverkehrs aus der Straße und hin zur Schwimmhalle

Folgende Forderungen hätten ebenso wie die Verlegung der Recyclingstelle nicht umgesetzt werden können:

- Unterbindung des Durchgangsverkehrs durch Anordnung einer Sackgasse aufgrund gegenläufiger Interessen aus der Anliegerschaft sowie der Auswirkungen auf das benachbarte Straßennetz,
- durchgehender Fußweg am westlichen Fahrbahnrand aufgrund notwendiger Durchfahrtsbreiten für Rettungsdienste,
- schmalere Ausgestaltung vorhandener Beete aufgrund ihrer Funktion zur Geschwindigkeitsreduzierung und notwendiger Breiten für Baumbepflanzungen,
- Separierung des Verkehrs, da dies in ausgewiesenen Mischverkehrsflächen ausdrücklich nicht gewollt sei.

Der Petent hinterfragt, wenn eine verkehrsberuhigte Zone als Mischfläche ausgewiesen werden müsse, weshalb diese an einem Grundstück ende und im weiteren Verlauf als asphaltierte Fläche mit zwei Gehwegen weiter verlaufe. Zudem halte er einen Anschluss an den Parkplatz am Hallenbad unter Nutzung der städtischen Flächen im Bereich des Tennisplatzes für realisierbar. Dies würde nicht mehr als 6 – 8 Bäume kosten, somit weniger als bei der Straßenerneuerung.

Techn. Beig. Warnecke erläutert, dass es Wünsche aus der Anliegerschaft gegeben habe, die Straße für den Durchgangsverkehr unattraktiv zu machen. Jeder Baum solle erhalten werden, wenn es möglich sei. Manche Bäume könnten jedoch im Zuge von Straßenerneuerungen nicht erhalten werden.

Bgm. Dreier stellt fest, dass der Petent zur Eingabe zum Thema Formsolution Formular nicht anwesend sei und die Frage daher schriftlich beantwortet werde.

12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umbesetzung von Gremien **A0062/24**

Der Rat beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen:

Folgenden Umbesetzungen von Gremien wird zugestimmt:

Betriebsausschuss Gebäudemanagement

RH Prof. Dr. Rainer Pusch ersetzt RH Jonathan Weickart (ausgeschieden) und übernimmt zudem den stellvertretenden Vorsitz des Gremiums von ihm.

Vertretungsregelung:

1. die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
2. SB Dr. Matthias Hunstig
3. SBin Dr. Regina Sprenger

Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität

RH Prof. Dr. Rainer Pusch ersetzt RH Jonathan Weickart (ausgeschieden)

Vertretungsregelung:

1. die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
2. SB Stefan Schwan
3. SB Michael Schneider
4. SB Dr. Matthias Hunstig
5. SBin Dr. Regina Sprenger
6. SB Markus Rieger
7. SBin Sabine Angenendt

Wahlprüfungsausschuss

RH Prof. Dr. Rainer Pusch übernimmt die stellvertretende Mitgliedschaft für RH Jonathan Weickart (ausgeschieden);

Vertretungsregelung für alle Mitglieder:

1. RH Güven Erkurt
2. RH Prof. Dr. Rainer Pusch
3. RF Petra Tebbe
4. die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge

Beirat der Volkshochschule

RH Prof. Dr. Rainer Pusch übernimmt die stellvertretende Mitgliedschaft für RH Jonathan Weickart (ausgeschieden)

Vertretungsregelung für RH Johannes Menze (stv. Vorsitzender):

RH Prof. Dr. Rainer Pusch

Sparkasse Paderborn-Detmold, Zweckverbandsversammlung

RH Prof. Dr. Rainer Pusch übernimmt die stellvertretende Mitgliedschaft für RH Jonathan

Weickart (ausgeschieden)

Vertretungsregelung für RH Güven Erkurt:
RH Prof. Dr. Rainer Pusch

Da Prof. Dr. Rainer Pusch nunmehr Ratsherr und nicht mehr Sachkundiger Bürger ist, trifft die Bezeichnung „die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge“ bei den Vertretungsregelungen der folgenden Ausschüsse auch auf ihn zu. Sein Name kann deshalb in der Aufzählung der Vertretungen zur Vereinfachung gestrichen werden.

Betriebsausschuss und Ausschuss für Märkte und Feuerwehr

Vertretungsregelung:

1. die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
2. SB Dr. Matthias Hunstig
3. SBin Dr. Regina Sprenger

Kulturausschuss

Vertretungsregelung:

1. die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
2. SBin Dr. Regina Sprenger
3. SB Dr. Matthias Hunstig
4. SBin Sabine Angenendt

Ausschuss für Digitalisierung und E-Government

SB Marcus Zauner ersetzt RH Jonathan Weickart (ausgeschieden)

Vertretungsregelung:

1. die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
2. SB Ulrich Hake
3. SB Dr. Matthias Hunstig
4. SBin Dr. Regina Sprenger

Bezirksausschuss Schloß Neuhaus/Sande

Bedingt durch einen Umzug ist der Sachkundige Bürger Marcus Zauner nicht mehr stellvertretendes Mitglied im Bezirksausschuss Schloß Neuhaus/Sande.

Vertretungsregelung:

1. SB Markus Müller
2. SB Ulrich Hake

12.1 Antrag der Linksfraktion zur Umbesetzung von Gremien

A0081/24

Der Rat beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen:

Folgender Umbesetzung eines Gremiums wird zugestimmt:

Ausschuss für Digitalisierung und E-Government

für Jürgen Bonsack jetzt Dustin Siebert

12.2 Antrag der FDP-Fraktion zur Umbesetzung von Gremien

A0086/24

Der Rat beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen:

Folgender Umbesetzung eines Gremiums wird zugestimmt:

Schulausschuss

Wilfried Fuchs ersetzt Sascha Pöppe

Vertretungsregelung:

die übrigen Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge

13. Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

A0071/24

RH Senn erläutert, dass aus Sicht der FDP-Fraktion nun die notwendigen Schritte und Bedingungen zur Einführung der Bezahlkarte zu prüfen seien. Nach Vorliegen aller Informationen könne man sich auch gegen die Bezahlkarte entscheiden. Als digitale Leitkommune müsse Paderborn vorangehen. Einer digitalen Lösung per Bezahlkarte sei der Vorzug zu geben. Die Verwaltung solle das Prüfergebnis in die Fachausschüsse einbringen als Grundlage für die Entscheidung im Rat.

Beig. Walter berichtet, dass inzwischen auf Landesebene eine Entscheidung gefallen sei, die es umzusetzen gelte. Die Kommunalen Spitzenverbände hätten sich verständigt, bis zum Sommer eine für alle Kommunen verbindliche Lösung auf den Weg zu bringen. Er empfiehlt, dies abzuwarten. Zur Digitalisierung teilt er mit, dass die Geldmittel bis auf wenige Ausnahmen bargeldlos überwiesen würden. Das Land habe sich bereits an einem Ausschreibungsverfahren zur Begleitung durch ein administrierendes Unternehmen beteiligt.

RF Tebbe ergänzt, dass der Landtag sich vor zwei Wochen mit der Thematik befasst habe. Der Ausschreibungszeitraum laufe zurzeit. Parallel würden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Flüchtlingsorganisationen die Leistungsmerkmale der künftigen Karte erarbeitet. Ggf. werde auch eine Barabhebung möglich sein. Eine Prüfung durch die Verwaltung sei daher noch nicht sinnvoll. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages habe dargelegt, dass Bezahlkartensysteme nicht zu den Entscheidungsgründen gehörten, wohin Asylsuchende ihren Asylantrag richten.

Stv. Bgm. Pantke nimmt landesweit hohe Erwartungen an die Einführung der Bezahlkarte wahr. Er glaube nicht, dass Barauszahlungen in Einzelfällen eine Pull-Funktion für Zuwanderungen bewirkten. Es seien jedoch Vorteile für die Verwaltung bei der Abwicklung der Geldleistungen zu erwarten. Die Kommunikation der Landesregierung sei nicht einheitlich gewesen, so dass sie die Angelegenheit zunächst ordnen müsse, bevor die Kommunen entscheiden könnten.

RH Kartum macht deutlich, dass es um eine diskriminierungsfreie Bezahlkarte ohne Einschränkungen gehen müsse. Bundeseinheitliche Regelungen gebe es nicht. Zum angesprochenen Pull-Faktor teilt er mit, dass Menschen aus Gründen wie Krieg, Verfolgung oder Armut flüchteten. Sie könnten sich diskriminiert fühlen, wenn sie nicht frei entscheiden könnten, wo sie einkaufen. Um Zahlungen ins Ausland zu bestreiten, stehe ihnen zu wenig Geld zur Verfügung. Die Grundidee der Karte sei, die Verwaltung

zu entlasten. Reglementierungen, z. B. die Karte für bestimmte Produktgruppen bei Einkäufen zu sperren, löse ebenfalls Diskriminierung aus. Der Antrag sei abzulehnen.

RH Borgmeier berichtet, dass alleinstehende Asylbewerber*innen außerhalb von zentralen Unterkünften 460 € im Monat erhielten. Davon noch Beträge ins Ausland zu senden, halte er für Überlebenskunst. Ein Pull-Faktor durch Bargeldauszahlung sei nicht vorhanden. Eine Bezahlkarte schließe die Menschen ggf. von günstigen Einkaufsmöglichkeiten (Möbelbörsen, Second-Hand-Märkte ohne Lesegeräte) aus. Den Geltungsbereich einer Karte auf eine Kommune zu begrenzen, schränke ein und sei nicht sinnvoll. Es sei gefährlich, über die Karten Reglementierungen vorzunehmen, zumal Stimmen laut würden, dies auch beim Bürgergeld zu praktizieren.

RH Grabenstroer erklärt, dass die CDU-Fraktion die Anträge unter TOP 13 und TOP 14 ablehnen werde. Den Antrag zu TOP 14 lehne sie schon aufgrund der gewählten Sprache ab. Zum TOP 13 sei inhaltlich bereits genannt worden, was faktisch und sachlich richtig sei. Das Land NRW konkretisiere zurzeit die Rahmenbedingungen. Dies gelte es abzuwarten. Sofern Missbrauch erschwert werden könne, sei sicher niemand dagegen. Eine eigene Paderborner Karte zu planen, sei nicht zielführend.

RH Hoppe bestätigt, dass bereits im November durch die Verwaltung avisiert worden sei, dass bald auf Landesebene etwas geschehe. Inzwischen dauere das Verfahren weiter an. Bevor es im Haushalt um neue Stellen gehe, könne es durch Digitalisierung auch Sparpotenziale geben. Der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung sei nach seiner Einschätzung keine belastbare Quelle.

RH Senn erinnert daran, dass es um einen Prüfauftrag gehe, der durchaus beschlossen werden könne. Im Fachausschuss könne vorzeitig z. B. über technische Möglichkeiten informiert werden. Ob das Land NRW Ergebnisse liefern werde und ob Paderborn mit diesen Ergebnissen arbeiten könne, stehe nicht fest. Man könne sich bereits mit Rahmenbedingungen befassen.

RH Hüttemann empfiehlt, den Antrag zunächst zurückzuziehen.

RH Weber teilt mit, dass sich die AfD-Fraktion wegen des eigenen weitergehenden Antrags der Stimme enthalten werde. Pull-Faktoren gebe es durchaus. Tschechien, Polen oder Dänemark zahlten nur einen Bruchteil an Geld aus.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag der FDP-Fraktion:

„Die Stadt Paderborn prüft, ein System zum Einsatz von Bezahlkarten für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt die Rahmenbedingungen zur Einführung zu prüfen, notwendige organisatorische Maßnahmen zu analysieren und den zuständigen Fachausschüssen in den nächsten Sitzungen entsprechende Umsetzungsvorschläge, -schritte und –zeitpläne vorzulegen.

Der Rat der Stadt Paderborn fordert überdies den Bürgermeister auf, sich gegenüber der NRW-Landesregierung für eine landeseinheitliche Lösung und eine vollständige Übernahme der Kosten zur Einführung einer solchen Karte einzusetzen.“

wird **abgelehnt**.

14. Antrag der AfD-Fraktion zur Einführung einer Bezahlkarte bei Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bis zum 01.01.2025

RH Weber begründet den Antrag. Hauptziel sei, die Asyl- und Schlepperindustrie in Paderborn zu beenden. Er glaubt, dass im Rat nach und nach eine Mehrheit dafür geschaffen werden könne. Missbrauch von Sozialleistungen müsse eingedämmt werden. In Hannover und Hamburg gebe es die Bezahlkarte bereits und 14 von 16 Bundesländer hätten sich auf die Einführung geeinigt. Das Asylrecht beinhalte kein bedingungsloses Recht auf Migration in die Sozialsysteme, so dass es nach Ende eines Krieges zu Rückführungen kommen müsse. Die Maximalforderung der AfD-Fraktion, keine Bargeldleistungen mehr zu leisten, bleibe bestehen.

RH Henze beantragt das Ende der Debatte, da die wesentlichen Argumente unter dem Tagesordnungspunkt 13 bereits ausgetauscht worden seien.

RH Lex entgegnet, dass eine ausführliche Debatte notwendig sei.

Der Rat stimmt dem Antrag zum Ende der Debatte mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen zu.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen:

Der Antrag der AfD-Fraktion:

„Der Rat der Stadt Paderborn beschließt, dass im Zuge einer Vorbereitungsphase spätestens zum 01.01.2025 die Ausgabe einer Bezahlkarte für Bezieher staatlicher Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Stadt Paderborn anstelle jeglicher Ausgabe von Leistungen in Bar- oder Girogeld an diese Bezieher erfolgt.“

wird **abgelehnt**.

15. Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung eines Sachstandsberichtes zu den Auswirkungen der Insolvenz und des Investorenprozesses der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH auf die Belange der Stadt Paderborn

RH Lex bittet um Sachstandsbericht in einem Rahmen, der in öffentlicher Sitzung geeignet sei, zu folgenden Fragen:

1. Welche städteplanerischen Auswirkungen hat der aktuelle Investorenprozess im Rahmen der laufenden Insolvenz in Eigenverwaltung der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH bisher auf die betroffenen Belange der Stadt Paderborn als örtlicher Kommune ergeben?
2. Welche städtebaulichen Auswirkungen im Kernstadt-Bereich kann der aktuelle Investorenprozess im Rahmen der laufenden Insolvenz in Eigenverwaltung der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH auf die Belange der Stadt Paderborn als örtlicher Kommune nach derzeitigem Kenntnisstand der Stadt Paderborn zeitigen?

Techn. Beig. Warnecke teilt zu den Fragen 1. und 2. mit, dass im Zuge der Prüfung einer Standortentwicklung der Paderborner Betriebsstätten St. Vincenz und St. Louise durch die St. Vincenz-Kliniken derzeit die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten geprüft würden. In solchen Zusammenhängen ergäben sich immer auch baurechtliche Fragestellungen, die zurzeit durch die Kliniken mit den relevanten Dienststellen der Stadt Paderborn erörtert würden, auch zu städtebaulichen Auswirkungen.

3. Welche Zusagen sind der Stadt Paderborn seitens etwaiger Antragsteller gegebenenfalls dafür gegeben worden, dass mögliche Auswirkungen des Investorenprozesses im Rahmen der laufenden Insolvenz in Eigenverwaltung der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH erstens solide durchfinanziert und zweitens rechtlich zulässig sind?

Bgm. Dreier beantwortet die Frage mit: „Keine.“

4. Hat die Stadt Paderborn ein Interesse am Erhalt der Standorte der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH im Paderborner Stadtgebiet?

Bgm. Dreier beantwortet die Frage mit: „Ja.“

RH Lex bedankt sich und stellt fest, dass die Stadt Paderborn ein Interesse am Erhalt beider Standorte im Stadtgebiet habe.

16. Antrag der AfD-Fraktion zur verstärkten Anwendung von § 5 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz durch die Stadt Paderborn A0076/24

RH Kemper verweist auf § 5 AsylbLG. In Paderborn sollten Asylbewerber integriert werden. Asylsuchende benötigten einen Tagesrhythmus. Sie könnten für Arbeiten im Bereich der Grünanlagen und der Stadtreinigung eingesetzt werden. Die Stadt Essen prüfe zurzeit bereits die Verpflichtung von Asylsuchenden zu gemeinnütziger Arbeit. Der Antrag werde auf der Grundlage von Recht und Gesetz gestellt und sei frei von Narrativen.

Herr Zimmermann, Haupt- und Personalamt, berichtet, dass die Stadt Paderborn von 2017 bis 2020 an einem Arbeitsmarktförderprogramm des Bundes teilgenommen habe, bei dem verschiedene Einsatzstellen bewilligt worden seien. Die Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG stellten keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse dar, jedoch seien Verpflichtungen im Bereich des Arbeitsschutzes, z. B. Schutzausrüstungen und Einweisungen im Arbeitsschutz, einzuhalten. Hierbei seien Sprachbarrieren problematisch. Arbeitsgelegenheiten seien so zu gestalten, dass sie stundenweise wahrgenommen werden könnten. Dies führe zu Mehraufwand bei der Einsatzplanung und dem Transfer zum/vom Arbeitsort. Es sei Fachpersonal zur Anleitung und Aufsicht sicherzustellen, das an anderen Einsatzorten fehle. Dokumentation und Erfassung der geleisteten Stunden führe zu Mehraufwand auch beim Sozialamt (zur Vor- und Nachbereitung). In diesem Bereich habe im vergangenen Jahr eine Überlastungsanzeige vorgelegen. Er resümiert, dass diese Maßnahme unter wirtschaftlichen Aspekten nicht zu empfehlen sei.

RH Borgmeier stellt fest, dass es das eigentliche Problem sei, dass es nicht gelinge, die Flüchtlinge möglichst früh in Arbeit zu bringen. Dies sei jedoch der beste Weg, wenn sie mit geregelter Arbeit für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen könnten. Zudem sei es beim früheren Modell der „1 Euro-Jobs“ entwürdigend gewesen, für diesen Be-

trag arbeiten zu müssen. Die Idee, diesen Betrag noch auf 0,80 Euro/Stunde abzusenken, verurteile er, da dies verdeutliche, welches Menschenbild zu Grunde liege.

Stv. Bgm. Pantke bestätigt, dass für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive eine Unterbringung im ersten Arbeitsmarkt der Vorzug zu geben wäre. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag keinesfalls zustimmen.

RH Lex erklärt, dass es um einen Übergang in einen geregelten Tagesablauf gehe. Menschen, die Unterbringung und Verpflegung erhielten, bekämen eine Gelegenheit zur Gegenleistung. Unter Anleitung von Fachpersonal könnten diese Personen Kenntnisse und Fertigkeiten erlernen.

RH Kartum weist darauf hin, dass die Erteilung von Arbeitserlaubnissen der bessere Weg sei, denn die Arbeitskräfte würden benötigt. Zudem sei im Zusammenhang mit den „1-Euro-Jobs“ seinerzeit Kritik von Unternehmen aufgekommen, deren Auftragslage darunter gelitten habe.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen:

Der Antrag der AfD-Fraktion:

„Der Rat der Stadt Paderborn beschließt, dass zusätzlich zu den gewöhnlichen Arbeiten des städtischen Grünflächenamtes weitere gemeinnützige Arbeiten an und in Grünflächen im öffentlichen Raum der Stadt Paderborn ab sofort verstärkt aus dem Reservoir der kommunalen Arbeitskräfte nach Anwendung von § 5 Absatz 4 AsylbLG erbracht werden.“

wird **abgelehnt**.

17. Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung eines Sachstandsberichtes zu den Möglichkeiten der Einführung einer Ehrenamtskarte A0077/24

RH Lex erläutert den Antrag zum Sachstandsbericht.

Beig. Walter führt aus, dass der Rat zuletzt 2019 die Einführung einer Ehrenamtskarte auf Empfehlung der Verwaltung abgelehnt habe. Es gehe um die NRW-Karte, für die bestimmte Kriterien zu erfüllen seien. Wesentliches Argument sei der hohe Verwaltungsaufwand, der mit der Ehrenamtskarte verbunden sei, und zwar nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Institutionen, die ehrenamtlich tätig seien. Anspruchsberechtigt seien ehrenamtlich Tätige, die keine Aufwandsentschädigung erhielten, so dass z. B. Personen im politischen Ehrenamt oder pflegende Angehörige ausgeschlossen seien. Der Aufwand für die Caritas, Schützen- oder Sportvereine etc. wäre hoch gegenüber relativ wenig Nutzen für die Betroffenen. Das Land NRW kalkuliere für die ersten zwei Jahre einen Personalaufwand von knapp einem Drittel einer Verwaltungsstelle, der sich anschließend auf wenige Wochenstunden reduziere.

Als Vergünstigungen kämen bei fast allen Städten kommunale Vergünstigungen in Frage. Dies sei monetär schwer zu beziffern. In Paderborn engagierten sich geschätzt ca. 30.000 Personen ehrenamtlich. Sofern von diesen ca. 3.000 - 4.000 einen Antrag stellten, sei fraglich, wie diese die Karten dann nutzten. Erfahrungen in den Kommunen aus einer 2006 erhobenen NRW-weiten Untersuchung zeigten, dass dann einmal monatlich die Karten zum Einsatz kämen. Es kämen auch Vergünstigungen z.B. bei Kinos, Bäckereiketten etc. in Frage. All dies sei durch Personal zu akquirieren und zu

pflegen. Von den Betroffenen werde dies als eine Form der Wertschätzung empfunden. Wertschätzung finde in Paderborn jedoch auch durch Ehrenamtspreise oder Empfänge beim Bürgermeister statt.

Nach den Recherchen der Stadt sei die Ehrenamtskarte landesweit wegen des Aufwandes nicht sehr verbreitet. Stattdessen würden andere Formen der Wertschätzung gewählt. Hierfür spreche sich die Verwaltung für Paderborn ebenfalls aus.

18. Schriftliche bzw. mündliche Anfragen der Ratsmitglieder

18.1 Anfrage des RH Bürger, CDU-Fraktion, zu Brandstiftungen auf dem Westfriedhof A0073/24

RH Bürger bezieht sich auf aktuelle Brandstiftungen auf dem Westfriedhof und bittet um Beantwortung der Fragen. Dies verbindet er mit dem Hinweis, dass die Polizei in Münster inzwischen im Bahnhofsumfeld und die Stadt Münster im Bereich der Schulen Videoüberwachung betreibt.

Die Fragestellungen werden wie folgt beantwortet:

1. Konnte die Kreispolizeibehörde nach Erkenntnissen der Stadt Paderborn in der Vergangenheit Täter ermitteln?

I. Beig. Venherm berichtet, dass die Stadtverwaltung nicht in die Polizeiarbeit involviert sei. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass es zwei Verdächtige im März 2023 und einen im August 2023 gegeben habe, die inzwischen wieder auf freiem Fuß seien.

2. Was wurde bzw. wird unternommen, um solche Straftaten zu verhindern oder aufzuklären?

I. Beig. Venherm unterstreicht, dass die Verhinderung bzw. Aufklärung von Straftaten Aufgabe der Polizei sei. Eine Videoüberwachung sei unter bestimmten Voraussetzungen im Einzelfall nach dem Datenschutzrecht zulässig. Die Videoüberwachung eines Friedhofes halte er wegen des zu erwartenden hohen Aufwandes nicht für angezeigt.

3. Stellt es für die Verwaltung eine Option dar, den Zugang zum Friedhof ab einer bestimmten Uhrzeit zu unterbinden?

Techn. Beig. Warnecke erinnert an die Ausführungen der Verwaltung im Herbst 2022. Eine Friedhofsfläche von insgesamt 64 ha Größe zu Verschließen stellte investiv eine Herausforderung dar. Zudem müssten die Schließungen durch Personal sichergestellt werden. Eine Gewährleistung, dass keine weiteren Vorfälle geschähen, könne diese Lösung jedoch nicht bieten.

Auf Nachfrage von RH Bürger zu Schadenersatzansprüchen erklärt I. Beig. Venherm, dass bei Sachbeschädigung ausnahmslos Anzeige erstattet werde. Danach ermittle die Polizei, anschließend schalte sich die Staatsanwaltschaft ein. Sofern ein Täter gefasst werden könne, mache die Stadt Paderborn Schadenersatzansprüche geltend.

18.2 Anfrage des RH Mertens, CDU-Fraktion, zu Straftaten an städtischen Gebäuden A0083/24

RH Mertens weist darauf hin, dass in der Gemeinde Borchlen durch die Initiative der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen eine Videoüberwachung beschlossen worden sei.

Herr Wibbeke, Gebäudemanagement Paderborn (GMP), stellt voran, das 380 Gebäude in der Verantwortung des GMP stünden.

Zu den Fragen nimmt er wie folgt Stellung:

1. Wie viele Einbrüche/Einbruchversuche und Diebstähle hat es an städtischen Gebäuden seit Anfang 2022 gegeben?

Im Jahr 2022 seien 16 Einbrüche/Einbruchversuche gezählt worden, 20 im Jahr 2023 sowie bisher sechs Einbrüche im Jahr 2024. Es sei keine besondere Häufung an bestimmten Standorten festzustellen. Die Versuche verteilten sich auf das gesamte Stadtgebiet.

2. Wie viele Sachbeschädigungen mussten in diesem Zeitraum beklagt werden?

Aufgrund von Sachbeschädigungen wie Graffiti oder Beschädigungen an Gebäuden seien durch das GMP im Jahr 2022 15, im Jahr 2023 13 und 2024 bisher sechs Strafanträge zu stellen gewesen. Weitere Strafanzeigen aus anderen Zuständigkeitsbereichen der Verwaltung, z. B. auf Friedhöfen, kämen hinzu.

3. Offensichtlich ist es ja so, dass an städtischen Gebäuden bezüglich des Einsatzes von Sicherheitstechnik unterschiedlich verfahren wird. Die absolute Sicherheit gibt es sowieso nicht. Wie wird hier von der Verwaltung abgewogen?

Sofern aus Nutzersicht eine besondere Sicherheitstechnik erforderlich sei, werde diese eingerichtet. Beim Einwohneramt erforderten Gründe wie Datenschutz und Briefwahlgeheimnis eine Einbruchmeldeanlage. Gleiches gelte für das Stadt- und Kreisarchiv, wo kostbare historische Dinge aufbewahrt würden.

4. An städtischen Gebäuden sind auch Sicherheitsdienste im Einsatz. Mehr als Stichproben können dabei sicherlich nicht durchgeführt werden. Wie hoch ist der jährliche Etat für diese Maßnahmen? Wie läuft im Zusammenhang von Kontrollen die Kooperation mit der Polizei?

Der jährliche Etat betrage im Schnitt 250.000 Euro für Wachschutz bzw. Sicherheitsdienst für punktuelle Kontrollen an unterschiedlichen Gebäuden. Zum Verfahren teilt er mit, dass festgestellte Schäden durch das GMP zur Anzeige gebracht würden. Die Polizei sei für die Kontrolle im öffentlichen Raum zuständig.

5. An welchen Stellen sieht die Verwaltung Möglichkeiten der Videoüberwachung? Wird diese generell schon (zum Teil) genutzt? Ist eine Intensivierung des Einsatzes

zes vorgesehen? Wo gibt es an städtischen Gebäuden oder auf städtischen Grundstücken rechtliche Grenzen oder Bedenken?

Herr Wibbeke weist darauf hin, dass das GMP Dienstleister sei und dort, wo eine Videoüberwachung punktuell gewünscht werde, diese auch umsetze. Der technische Aufwand sei jedoch nicht nur auf die Anbringung einer Kamera begrenzt. Es seien auch Leitungen zu realisieren und Kontrollräume einzurichten. Die Erfassung von großen Gebäudekomplexen erfordere mehrere Kameras.

6. In Münster wurde in 2023 nach wiederholten Sachbeschädigungen vom Rat speziell für Schulen ein restriktiver Kurs zum Einsatz von Videoüberwachung beschlossen, der sich ausdrücklich auf ausgewählte - also nicht alle - Schulgebäude beziehen kann. Immer in Abstimmung mit der Schule (Schulleitung etc.). Ist ein solcher Weg auch in Paderborn denkbar?

Zum Beispiel aus Münster führt Herr Wibbeke aus, dass es dort Kriminalitätshotspots gebe, für die an drei Schulstandorten kein geringeres Mittel als eine Videoüberwachung mehr gesehen worden sei. Eine solche Abwägung wäre in Paderborn ebenfalls angezeigt. Die Zeitabschnitte der schulischen Nutzung fielen in den Verantwortungsbereich der Schulleitung, für die Tageszeiten außerhalb des Schulbetriebes sei die Stadt Paderborn als Schulträgerin in der Verantwortung. Sofern ein Bedarf gesehen und ein entsprechender Auftrag erteilt würde, würde das GMP diesen umsetzen.

18.3 Anfrage des RH Hartmann, CDU-Fraktion, zur Bebauungspflicht A0085/24 bei Gewerbe- und Industrieflächen

RH Hartmann führt aus, dass er in seinem Umfeld wahrnehme, dass Interesse an Gewerbe- und Industrieflächen bestehe, wobei zeitgleich der Eindruck entstehen könne, dass bereits veräußerte Flächen nicht in angemessener Zeit genutzt würden.

Zu den Fragen nimmt Frau Kemper, Leiterin des Amtes für Liegenschaften und Wohnungswesen, wie folgt Stellung:

1. Wie viele städtische Gewerbegrundstücke stehen aktuell zur Verfügung?

Zurzeit stünden für eine Vermarktung als Gewerbe- bzw. Industriefläche acht Grundstücke zur Verfügung; davon eines im Bereich Mönkeloh sowie sieben im Bereich der Barkhauser Straße.

2. Wie vielen Interessenten im Jahr 2023, die auf der Suche nach einem Gewerbegrundstück waren, konnte keine passende Fläche angeboten werden?

Im Jahr 2023 seien bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und dem Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen in Summe 90 Anfragen gestellt worden, von denen keine positiv beantwortet worden sei. Eine Anfrage früheren Datums habe bedient werden können. Aufgrund der Erstellung der Vermarktungsrichtlinien für Gewerbegrundstücke sei die Vermarktung weiterer Grundstücke zunächst zurückgestellt worden. Nach der Verabschiedung der Richtlinien arbeite das Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen zurzeit gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Wiederaufnahme der Vermarktung an einem Konzept.

3. Gab es auch bei Gewerbegrundstücksverkäufen, die vor dem Inkrafttreten der allgemeingültigen Vermarktungsrichtlinie getätigt wurden, stets einen Passus im Vertrag, der eine Baupflicht innerhalb einer bestimmten Frist vorsieht?

Generell werde eine Bauverpflichtung innerhalb von zwei bis drei Jahren vereinbart.

4. Wie viele der bereits veräußerten städtischen Gewerbegrundstücke wurden nicht innerhalb einer solchen möglichen Frist bebaut?

Aktuell gebe es vier Verkaufsfälle, in denen geprüft werde, ob die Verwaltung aufgrund der nicht eingehaltenen Frist tätig werden müsse oder eine Fristverlängerung gewähren könne.

5. Aus welchen überwiegenden Gründen sind die Käufer ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen und wie ist die Verwaltung damit im Einzelnen umgegangen?

Frau Kemper berichtet, dass zur Begründung nach wie vor die Corona-Pandemie angeführt werde, in anderen Fällen ein Mangel an Planungsbüros, Schwierigkeiten bei der Finanzierung durch gestiegene Preise bzw. Vorgaben am Kapitalmarkt bzw. daraus resultierende Konsequenzen bei der Planung. Zudem habe es Fälle gegeben, in denen eine Stundung für die Kaufpreiszahlung wegen Zahlungsschwierigkeiten gewährt worden sei, verbunden mit einer Fristverlängerung.

Beig. Tempelmann verweist auf die Diskussionen im November und Januar zur künftigen Vermarktung von Gewerbegrundstücken. In diesem Zusammenhang seien die Fristen für die Reservierung von Grundstücken sowie für die Kaufpreisanzahlung neu geregelt worden. Die aktuellen Altfälle würden einer erneuten Betrachtung unterzogen.

RH Hartmann erkundigt sich, aus welchem Grund die acht vorhandenen Grundstücke angesichts von 90 Interessenbekundungen nicht hätten vermarktet werden können.

Frau Kemper begründet dies mit der Erarbeitung der Richtlinien für die Vermarktung von Gewerbegrundstücken und ergänzt, dass in den 90 Interessenbekundungen auch abwegige Anfragen enthalten seien, die ohnehin nicht bearbeitbar seien.

Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder

RH Springer verweist auf aktuelle Medienberichte über große Probleme mit einzelnen Unternehmen beim Ausbau von Glasfaser, u. a. in Teilbereichen der Stadt Paderborn wie Elsen, Mastbruch, Benhausen oder der Stadtheide.

Zu seinen Fragen nimmt Frau Förster, Stabsstelle Zentrale Steuerungsunterstützung, wie folgt Stellung:

1. Sind der Verwaltung diese Probleme bekannt?

Die Probleme seien grundsätzlich bekannt, was z. B. Störungen im Netz einzelner Versorger betreffe. Als Vertragspartei sei die Stadt jedoch außen vor. Da die Telekommunikationsverträge zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Telekommunikationsanbietern geschlossen würden, seien diese auch die ersten Ansprechpartner für die Anwohnenden. U.a. verwiesen entsprechende Schilder auf die Meldestelle für Störungen.

2. Wie kann die Verwaltung die betroffenen Bürger unterstützen?

Da die Stadt Paderborn keinen unmittelbaren Bezug zu den Vertragsgestaltungen habe, könne sie nur mittelbar helfen, z. B. bei der Ermittlung der ausführenden Unternehmen in bestimmten Bereichen, sofern es zu Schadenereignissen oder Störungen komme.

3. Wie läuft die Kommunikation zwischen Verwaltung und den Unternehmen?

Grundsätzlich informieren die ausbauenden Unternehmen über Ausbaupolygone in den verschiedenen Stadtteilen. Die rechtliche Grundlage sei das Telekommunikationsgesetz. Zurzeit gebe es 10 Ausbaupolygone in der Verantwortung der Glasfaser Nordwest. Bei der Deutschen Glasfaser gebe es drei Ausbaubereiche. Aktuell liefen noch der Förderantrag im Außenbereich und Maßnahmen in Gewerbegebieten, daneben ein Förderprojekt. Nach interner Abstimmung mit beteiligten Dienststellen und den ausbauenden Unternehmen (Generalunternehmen, das i.d.R. spezialisierte Subunternehmen beauftragt) würden erforderliche Genehmigungen erteilt und der Ausbau eigenverantwortlich durch die Unternehmen umgesetzt.

4. Welche rechtlichen Optionen - bis hin zu einer möglichen Klage - gibt es?

Frau Förster verweist darauf, dass die Stadt Paderborn kein Vertragsverhältnis mit den ausbauenden Unternehmen halte und daher nicht in der Lage sei, Klagewege zu beschreiten bei Störungen zwischen den ausführenden Unternehmen oder den Telekommunikationsunternehmen und deren Kundschaft.

5. Welche Möglichkeit sieht die Verwaltung, bestimmte Unternehmen von künftigen Ausschreibungen auszuschließen?

Nur wenige Hundert der 80.000 Haushalte, die mit der Glasfaser versorgt werden müssten, würden im geförderten Ausbau erledigt, für den ein Vergabeverfahren durchgeführt werde. In diesen Fällen müsste jeder Einzelfall geprüft werden. Darüber hinaus werde auch heute bereits in den Genehmigungsverfahren, auch im eigenwirtschaftlichen Ausbau, die formale Eignung der ausbauenden Unternehmen geprüft.

RH Springer bedankt sich für die Beantwortung.

RF Süsselbeck stellt fest, dass in der Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen Dempsey-Kaserne von 784 Flüchtlingen 36 allein reisende Frauen seien. Allein reisende Frauen müssten in Unterkünften besonders sensibel und geschützt untergebracht werden. Sie erkundigt sich nach einem Schutzkonzept für Frauen z. B. durch getrennte Unterbringung/Sanitärbereiche bzw. eine*n Gewaltkoordinator*in.

Bgm. Dreier teilt mit, dass die Bezirksregierung zuständig sei und dass die Anfrage an diese weitergeleitet werde mit der Bitte, sie zu beantworten.

RF Süsselbeck berichtet unter Bezug auf das Schutzbedürfnis von Frauen in der Nähe von Sammelunterkünften über einen Videobeitrag des RH Weber in den sozialen Medien, in dem er berichte, dass es zu sexuellem Missbrauch an einer Frau durch einen Geflüchteten gekommen sei. Sie bittet um Informationen, ob diese Behauptung den Tatsachen entspreche. Sie vermute Falschmeldungen durch die AfD, um damit eine Hetzkampagne weiter zu führen. Dies halte sie für sehr gefährlich.

I. Beig. Venherm teilt mit, dass ihm weder das Video bekannt sei, noch seien Informationen bekannt, ob es einen solchen Vorfall gegeben habe. Dies könne ggf. die Polizei beantworten.

RH Pöppe führt aus, dass die Kommunen aufgrund des neuen Regionalplans eigentlich keine Positivplanung für Windenergie mehr durchführen müssten. Die Tagesordnung für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion enthalte jedoch einen entsprechenden Punkt. Er erkundigt sich nach dem Grund. Die Vorlage weise einen Besitzer-/Betreiberwechsel bei der Wohnbebauung aus. Es seien offensichtlich große bebaute Wohngrundstücke an jemand verkauft worden, der kein Interesse mehr an Wohnbebauung, sondern an Windenergie hege. Er erkundigt sich nach Interessenkonflikten. Des Weiteren erkundigt er sich unter Hinweis auf die vergangene Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nach der Höhe der ab 01.01.2024 möglichen Bürgerbeteiligung an Windkraft, über die Höhe der Kompensationszahlungen an die Kommune sowie die Verteilung. Er bitte um Beantwortung in der heutigen Sitzung oder eine Recherche bis zur Ausschuss-Sitzung.

Techn. Beig. Warnecke weist darauf hin, dass die Erörterung im zuständigen Fachausschuss stattfinden solle.

RH Kartum erkundigt sich unter Bezugnahme auf den bevorstehenden Bürgerentscheid zum Thema Nationalpark Egge, wie sich die Kosten in Höhe von 500.000 Euro über die Kreisumlage auf den Haushalt der Stadt auswirkten. Zudem fragt er, ob die Stadt Paderborn zu dem Thema eine Stellungnahme abgeben werde.

Bgm. Dreier antwortet, dass die Stadt Paderborn nicht betroffen sei und daher nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert sei. Die Kosten würden über die bekannte Systematik der Kreisumlage aufgeteilt.

RH Weber bittet um Mitteilung zu Regularien über die Beflaggung am Rathaus bzw. wer hierüber entscheide.

Bgm. Dreier teilt mit, dass die Entscheidung über die durch das Innenministerium NRW bestimmten Beflaggungsanlässe und –tage hinaus aus örtlichen Anlässen durch den Bürgermeister getroffen werde.

RH Weber berichtet, dass es am heutigen Tag am Goerdeler-Gymnasium eine „Regenbogenveranstaltung“ unter Beteiligung von RF Tebbe, die Vorsitzende des Schulausschusses sei, stattgefunden habe. Bei dieser Veranstaltung sei es zu „Anti-AfD-Bekundungen“ gekommen. Er fragt, ob die Teilnahme der RF Tebbe mit einer Neutralitätspflicht und ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Schulausschusses vereinbar sei.

Bgm. Dreier teilt mit, dass ihm dies nicht bekannt sei.

Auf die Frage von RH Lex teilt Bgm. Dreier mit, dass nach der nächsten Baumpflanzaktion des Rates darauf Acht gegeben werde, dass die Setzlinge anschließend nicht beschädigt würden.

Bgm. Dreier weist auf § 15 Abs. 2 letzter Satz der Geschäftsordnung hin, mit dem die Höchstdauer der Fragestunde für mündliche Anfragen auf 15 Minuten festgesetzt sei.

Hieran mögen sich die Mitglieder des Rates künftig ausrichten. Er selbst werde sich im Rahmen der Sitzungsleitung daran halten.

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Michael Dreier
Bürgermeister

Petra Hoffmann
Schriftführung